

Sehr geehrte Herren Oberbürgermeister und Erster Bürgermeister, liebe Gemeinderatskolleginnen und –kollegen, werte Damen und Herren

Unsere Haushaltrede vom vergangenen Jahr könnte heute in Vielem als Blaupause erneut vorgetragen werden, ganz besonders was das aktuelle Weltgeschehen angeht, das uns nicht unberührt lässt und unser Denken und Handeln mit beeinflusst.

Wir haben auch in Backnang ein herausforderndes Jahr hinter uns und ein sicher spannendes vor uns. Ob Hölderlin wohl recht hat, wenn er sagt: wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.

In der großen Weltpolitik fällt es gerade schwer, daran zu glauben; wir erleben es fast jeden Tag neu. Die Pyromananen und Autokraten bekommen anscheinend immer mehr Oberwasser. Ihr Vorbild ist dabei, eine Weltordnung auf den Kopf zu stellen, die uns zumindest in den letzten Jahrzehnten ein einigermaßen friedliches Miteinander beschert hat. Erneut gilt mehr und mehr nur noch das Recht des Stärkeren – und auch in unserem eigenen Land sind die wachsenden Sprünge im gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu übersehen. Unsere bewährte demokratische, rechtsstaatliche und soziale Gesellschaft scheint immer fragiler und deshalb umso schützenswerter zu werden. Wir in Backnang sind mittendrin und dürfen uns gerne an Hölderlin erinnern.

Es gibt in unserer Stadt viele kleine mutmachende Zeichen eines guten Miteinanders. Sie zu fördern, wertzuschätzen und zu unterstützen ist eine immer wichtiger werdende kommunale Aufgabe. Und dass der Gemeinderat in der Lage ist, auch in schwierigen Situationen fast konsensual zu handeln, hat er bei den notwendigerweise schmerzhaften finanziellen Einsparungen für einen genehmigungsfähigen Haushalt verantwortungsbewusst bewiesen.

Wichtig war und bleibt für uns dabei, dass es keinen Kahlschlag bei der Bildung, der Betreuung, der Kultur, der Versorgung und gerade auch beim sozialen Miteinander gibt. Sie sind kein nice-to-have, sondern essentielle Voraussetzung für ein gutes Leben in unserer Stadt. Wir wollen, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen können und werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass es so bleibt.

Und dass es so bleibt, hängt mitentscheidend davon ab, wie wir das ganz vielfältige und unverzichtbare ehrenamtliche und freiwillige Engagement vieler Menschen in unserer Stadt wertschätzen und unterstützen. Ohne dieses, die Stadt am Laufen halten – ganz gleichgültig ob im Sport, im Sozialen, der Kultur, den Kirchen, der Pflege, den Vereinen oder ganz einfach im Zwischenmenschlichen und oft genug im Verborgenen – könnten wir alle miteinander einpacken. Dort über Gebühr zu sparen wäre eine kommunale Dummheit - gerade auch in Zeiten eines löchrigen Füllhorns; dann lieber bei einem weiteren Kreisverkehr.

Und auch mit den immer wiederkehrenden Forderungen nach einer Verschlankung der Verwaltung – also Stellenabbau – tun wir uns schwer. Dort wo es sinnvoll und effizient ist, vermehrt technische Möglichkeiten zu nutzen, spricht nichts dagegen, aber eine bürgerfreundliche Verwaltung funktioniert nur mit einem gut organisierten und handlungsfähigen Team. Die KI ist jedenfalls kein Ersatz und schon gar kein Allheilmittel. Apropos: Es ist eine besondere Befähigung in Brüssel, Berlin oder Stuttgart, neue Vorschriften zu erlassen oder ‚Geschenke‘ über die Kommunen auszuschütten und sie dann oft genug im Regen stehen zu lassen. Vielleicht hilft da ein konzentrierter kommunaler Widerstand; die ersten Städte denken ja darüber nach. Doch es gibt auch so noch genügend Aufgaben, die angegangen oder fortgesetzt werden müssen.

Fast zuvorderst: Bildung und Betreuung. Nach wie vor der größte Haushaltsposten. Unverzichtbar ist frühkindliche Bildung, auch im Wissen, dass nicht alles kostenfrei möglich ist, wenn die hohe Qualität erhalten werden soll. Das Land muss – wie von uns gefordert – einspringen, wenn es Vorgaben macht. Und als Schulstadt dürfen wir uns nach wie vor nicht wegducken- und tun es auch nicht.

Die ambulante Gesundheitsversorgung bleibt auch 2026 ein Thema. Unsere Notfallpraxis ist trotz allen Kämpfens Geschichte, die intendierten Alternativen heißt es abzuwarten. Das Engagement des Landkreises bei der Errichtung von MVZs ist anerkennenswert. Eine gute Versorgung vor Ort wird wohl immer mehr auch eine kommunale Aufgabe sein. Erste positive Ergebnisse sind erkennbar. Wir stehen uneingeschränkt dazu.

Gleiches gilt für das bezahlbare Wohnen. Backnang ist auf einem guten Weg, auch wenn noch viel zu tun ist. Unsere Städt. Wohnbau ist weiterhin gefordert. Wichtig ist, sie für die Zukunft organisatorisch und finanziell gut auszustatten.

Das Thema Vermüllung und damit verbunden auch der Umgang mit den Einwegverpackungen muss auch in diesem Jahr auf unserer Agenda bleiben. Tübingen ist längst nicht mehr die einzige Stadt, die handelt. Leider geht halt Manches nicht ohne Druck und finanzielle Konsequenzen. Aber eine ein wenig sauberere Stadt ist es wert.

Dranbleiben müssen wir auch an unseren ambitionierten Klimazielen und der Energietransformation. Die Stadtwerke sind dabei, sich neu aufzustellen und unser städtisches Klimamanagement hat noch einiges vor sich. Der Landkreis ist mit Neuschöntal im Boot und ein wichtiger Partner.

Und dass der Bahnhof nun endlich zu dem wird – hoffentlich, was er selbstverständlich sein soll, nämlich ein mobilitätsfreundlicher Ort für Reisende, aber auch ein einladendes Innenstadttor, das freut uns natürlich sehr, wenn auch die Neugestaltung des Bahnhofsvorfelds mit all den lange geplanten baulichen Maßnahmen aus finanziellen Gründen wohl noch eine ganze Weile warten muss. Die Mobilität bleibt sicher noch lange Zeit eines unserer wichtigen Themen. Für Backnangs Zentralitätsfunktion ist es unverzichtbar, die unterschiedlichen Mobilitätsformen in guter Weise zu verbinden; den Individualverkehr gleich welcher Art und Busse wie Bahnen.

Und als Einkaufstadt brauchen wir ein einladendes, aufenthalts- und flanierfreundliches Umfeld. Die unendliche Geschichte Graben lässt grüßen. Unsere Stadt kann, soll und muss sich weiterentwickeln, aber keine Maßnahme darf isoliert gesehen werden, alles ist in ein Netzwerk eingebunden und das gilt insbesondere auch für die in Kürze 4-spurig ausgebaute B 14 um Backnang herum. Wir wollen kein zweites Remstal werden. Infrastrukturelle, gewerbliche, bauliche, verkehrliche Weiterentwicklung hat sich immer an der Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger auszurichten und dazu gehört unverhandelbar unsere noch immer einladende und schützenswerte Kulturlandschaft mit dem Schwäbischen Wald im Rücken.

Blicken wir also trotz vieler Verwerfungen und Herausforderungen positiv auf 2026. Von uns auch mit einem Dank an Alle, die das Rad am Laufen gehalten haben, an die Vielen, die es ohne Aufhebens tun. Das macht eine lebenswerte Stadt aus.

Danken wollen wir auch der Verwaltung, unserem OB Maximilian Friedrich, der als Backnanger Neubürger mit Familie wieder in seiner Geburtsstadt angekommen ist, dem Ersten Bürgermeister, den Dezernenten und Amtsleitungen und allen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Bürokratieland Deutschland die Verwaltung bürgerfreundlich machen, ebenso dem Gemeinderatskollegium in all seiner Unterschiedlichkeit, das aber bei den notwendigen Einsparungen auch bewiesen hat, dass es fast einmütig über den einen oder anderen Schatten springen kann.

Danken wollen wir ebenso der Presse in ihrer Scharnierfunktion, die es gegen die wachsende Dominanz der Sozialen Medien immer schwerer hat. Und mit einer abschließenden Bemerkung danke ich Ihnen Allen für Ihr geduldiges Zuhören: Wir haben uns in diesem Jahr ganz bewusst bei der Zahl unserer Anträge - insbesondere

der finanziell relevanten – sehr zurückgehalten, denn auch dadurch meinen wir es ernst mit dem selbstverordneten Sparen und der Entlastung der Mitarbeiterschaft.

Heinz Franke

SPD-Gemeinderatsfraktion  
Anträge zum Haushaltsplan 2026

1. Die Verwaltung nimmt zeitnah, d.h. im Haushaltsjahr 2026, Stellung zu unseren teilweise mehrfach vorgelegten, aber bislang nicht beantworteten Haushaltsanträgen.
2. Die Verwaltung gestaltet den Kreisverkehr an der Plaisirschule so um, dass ein Überfahren der Mittelinsel nicht mehr möglich ist und damit die Verkehrssicherheit für Fußgänger, insbesondere Schülerinnen und Schüler, verlässlich erhöht wird.
3. Die Verwaltung sperrt die Grabenstraße für den Durchgangsverkehr zum 01.07.2026, soweit bis zu diesem Zeitpunkt kein kurzfristig realisierbares Neugestaltungskonzept zur attraktiven Fußgängerzone vorgelegt wird und installiert in Höhe der Einmündung in die Eduard-Breuninger-Straße bergwärts versenkbare Poller, die lediglich die Durchfahrt für Busse, Taxen und Blaulichtorganisationen freigeben.
4. Die Verwaltung lädt Vertreterinnen des Regierungspräsidiums und des VVS ein, um detailliert über die geplanten Umleitungen, die veränderten Schulwege und den Schienenersatzverkehr im Zuge des weiteren Ausbaus der B 14 zu informieren. Dabei soll auch die Bevölkerung frühzeitig und fortlaufend über die Konsequenzen aus der Sperrung der B 14 und den Bahnlinien Richtung Stuttgart und Ludwigsburg unterrichtet werden.
5. Die Verwaltung schreibt zeitnah das aktuelle Katastrophenschutzkonzept unter besonderer Berücksichtigung geplanter Maßnahmen bei großflächigen Stromausfällen fort und prüft, inwieweit in den Sporthallen „Insellösungen“ zur Stromversorgung aufgebaut werden können und ob ebenso im geplanten Neubau des THW eine vergleichbare Möglichkeit besteht.
6. Zur Entlastung der Verwaltung und auch aus wirtschaftlichen Gründen beantragen wir, künftig auf zeit- personal- und kostenintensive Planungen zu verzichten, die voraussichtlich nicht in einem überschaubaren Rahmen verwirklichbar sind und unrealistische Erwartungen wecken.
7. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, an den Backnanger Schulen ein vergleichbares Pausenvesperangebot zu machen, nachdem vermehrt festgestellt wird, dass manche Kinder ungefrühstückt in den Unterricht kommen.